



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

05. Oktober 2018

Wochenbericht KW 40

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 28 % bzw. 27 %, SPD bei 17 % bzw. 16 %, Grüne bei 17 % bzw. 16 %, AfD bei 16 % bzw. 15 %
----------------	--

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
-------------	---------------------------------------

Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden weiter hoch USA werden als größte Bedrohungen wahrgenommen
----------------------	--

Wichtigste Themen:	Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/ Abschiebungen
--------------------	---

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	28 (-)	27 (-)
SPD	16 (-1)	17 (+1)
FDP	9 (-)	9 (-1)
DIE LINKE	10 (-)	10 (-1)
B'90/Grüne	17 (+1)	16 (+1)
AfD	15 (-)	16 (-1)
Sonstige	5 (-)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	24.-28.09.	27.09.-02.10.

Die Union liegt bei forsa 12 (+1) und bei Emnid 10 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.
Bei forsa sind die Grünen erstmals zweitstärkste Partei.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	43 (-1)
Nahles	13 (-)
Merkel	37 (-1)
Scholz	21 (-)
Erhebungszeitraum	24.-28.09.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 30 (-1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 16 (-1) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

80 % (-1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-) Nahles. Von den CSU-Anhängern würden sich 71 % (+4) für Merkel und 3 % (-4) für Nahles entscheiden. 32 % (+2) der SPD-Anhänger präferieren Nahles und 34 % (+1) Merkel.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 74 % (-1) der CDU-Anhänger für Merkel und 9 % (-) für Scholz aus; von den CSU-Anhängern würden sich 65 % (+5) für Merkel und 8 % (-3) für Scholz entscheiden. 54 % (+1) der SPD-Anhänger präferieren Scholz und 23 % (-1) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (07.10.2018)

Problemlösungskompetenz

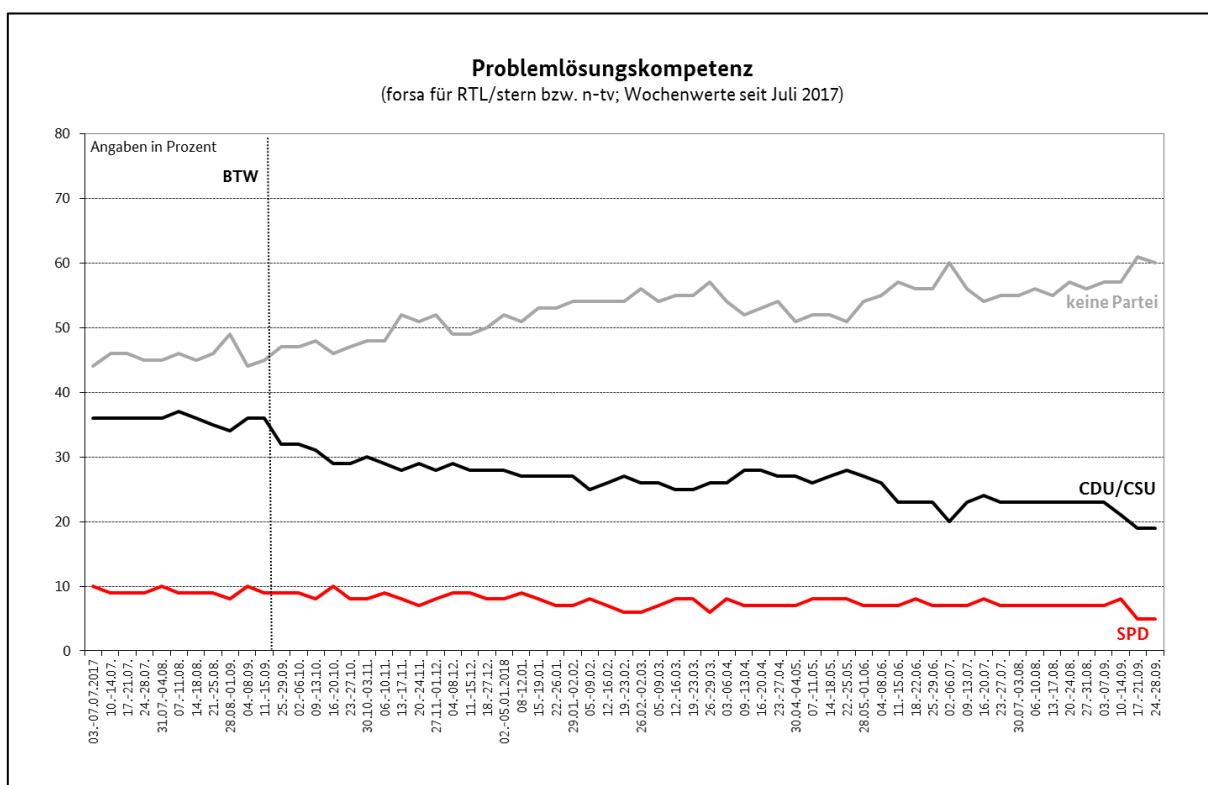
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	19	(-)
SPD	5	(-)
sonstige Parteien	16	(+1)
keine Partei	60	(-1)
Erhebungszeitraum	24.-28.09.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 14 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

60 % (-1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

53 % (-) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 33 % (-1) von ihrer Partei.



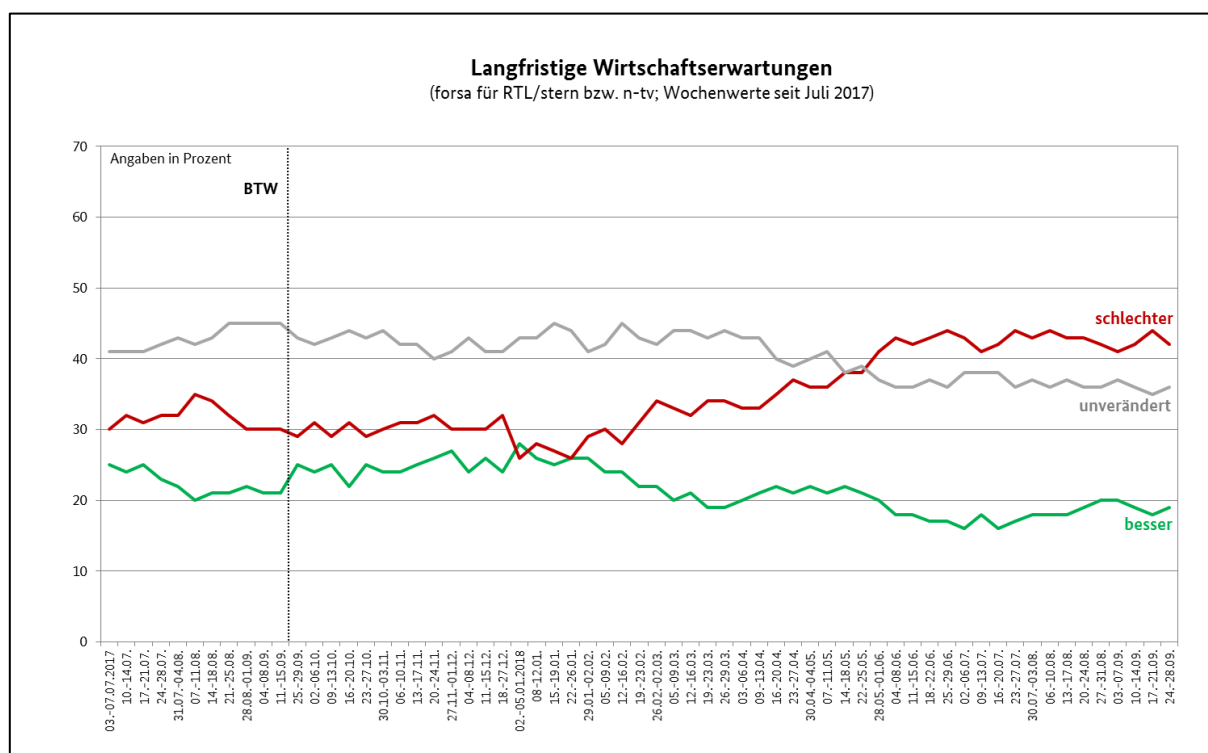
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	19	(+1)
schlechter	42	(-2)
unverändert	36	(+1)
Erhebungszeitraum	24.-28.09.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 23 (-3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 37

	forsa für BPA	
sehr große	12	(-)
große	44	(-2)
wenig	34	(+2)
keine	9	(-)
Erhebungszeitraum	24.-28.09.	

Ostdeutsche (66 %) und Geringverdiener (63 %) sowie Anhänger der Linkspartei (66 %) und der Grünen (61 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (66 % zu 46 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (63 % zu 48 %).

Anhänger der FDP (50 %) machen sich überdurchschnittlich oft weniger bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 37

	forsa für BPA	
USA	25	(-1)
Asylbewerber, Flüchtlinge	13	(-)
Naher Osten, arabische Länder	13	(+1)
Syrien	12	(-)
Türkei	6	(-1)
Handelskrieg	6	(+1)
Russland	5	(-1)
Iran	5	(+3)
Krieg, Terrorismus allgemein	4	(-1)
Umwelt, Klima	4	(-1)
Erhebungszeitraum	24.-28.09.	

Nach Meinung der Bundesbürger werden die USA als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen.

Über 60-Jährige (31 %) sowie Anhänger der Grünen und der FDP (jew. 30 %) nennen die USA besonders oft als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 37

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	39	(-2)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	9	(-)
Deutschland tut bereits genug	50	(+3)
Erhebungszeitraum	24.-28.09.	

Unter 30-Jährige (48 %), Personen mit hoher formaler Bildung (45 %) und Gutverdiener (43 %) sowie Anhänger der Grünen (57 %), der SPD (48 %) und der Linkspartei (46 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Ostdeutsche (15 %) und Anhänger der AfD (27 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (59 %), Geringverdiener (58 %), Ostdeutsche (56 %), Frauen und über 60-Jährige (jew. 55 %) sowie Anhänger der Union (60 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 37

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	43	(-2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16	(-)
verhält sich alles in allem genau richtig	37	(+3)
Erhebungszeitraum	24.-28.09.	

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (51 %) und Geringverdiener (48 %) sowie Anhänger der FDP (50 %) und der AfD (75 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Grünen (23 %) und der Linkspartei (31 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (42 %) sowie Anhänger der SPD, der Grünen (jew. 49 %) und der Union (48 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Abgas- bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten	22 (+15)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	21 (+4)
Besuch des türkischen Präsidenten Erdogan	12 (+11)
Affäre um Verfassungsschutzpräsident Maaßen	10 (-29)
Ausschreitungen, Demonstrationen in Chemnitz und Köthen	6 (-1)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	5 (+3)
Tsunami in Indonesien	5 (neu)
Erhebungszeitraum	01.-02.10.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Themen "Abgas-bzw. Dieselskandal/Diskussion um Fahrverbote in Innenstädten" und "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen".

50- bis 64-Jährige (31 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (27 %) sowie Anhänger der AfD (32 %) und der FDP (27 %) nennen den Abgas- bzw. Dieselskandal überdurchschnittlich häufig. Männer nennen das Thema häufiger als Frauen (29 % zu 16 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (27 % zu 13 %).

Anhänger der AfD (36 %) und der FDP (31 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen" besonders oft. Über 65-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige (26 % zu 16 %).

